

SIMBABWE VOR DEN WAHLEN

DISKUSSIONEN UM DIE VERFASSUNGSREFORM

Holger Haibach / Marie-Luise Rudolph

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1980 wird Simbabwe als Einparteienstaat von der Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) unter Robert Gabriel Mugabe regiert. Damit gehört dieser zu einer Gruppe langjähriger politischer Führer, die die politische Landschaft im südlichen Afrika seit einiger Zeit prägen, als Staatschefs nun ihrem Lebensende entgegen sehen und sich aber immer noch an der Macht halten. Ihre Nachfolge ist vollkommen unklar. Aufgrund von internationalem und regionalem Druck wurde 2009 eine nationale Einheitsregierung (GNU) aus ZANU-PF und der Oppositionspartei Movement of Democratic Change (MDC) gebildet, die von Mugabe als Präsident, dem MDC-T-Vorsitzenden Morgan Tsvangirai als Premierminister und dem Vorsitzenden einer MDC-Splittergruppe, Arthur Mutambara, als Vize-Premierminister angeführt wird. Weitreichende politische und ökonomische Reformen sowie Reformen des Wahlsystems und der Medien wurden in einem Abkommen der Regierung (Global Political Agreement, GPA) verhandelt, jedoch ist dessen Implementierung angesichts einer Blockadehaltung der ZANU-PF in der zerstrittenen Regierung kaum vorangeschritten.¹

Erst in jüngster Zeit kam Bewegung in den Reformprozess: Am 17. Juli 2012 hat die aus den Regierungsparteien bestehende Verfassungskommission den Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt, der nun verschiedene Institutionen bis zu seiner Implementierung durchlaufen muss.² Die



Holger Haibach ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Simbabwe, Namibia und Angola.



Marie-Luise Rudolph studiert Politik- und Rechtswissenschaften (B.A.) an der Universität Göttingen und war von Juni bis August 2012 im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Namibia tätig.

1 | Beatrice Schlee, „Zimbabwe“, *Dossier. Innerstaatliche Konflikte*, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 01.11.2011, <http://bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54685/simbabwe> [12.06.2012].

2 | Johannes Dieterich, „Mugabe lässt sich auf Reformen ein“, *Badische Zeitung*, 28.07.2012, <http://badische-zeitung.de/nachrichten/ausland/mugabe-laesst-sich-auf-reformen-ein--62080601.html> [30.07.2012].

Verabschiedung einer neuen Verfassung ist eine wesentliche Voraussetzung des GPA für Neuwahlen.

EIN FORTSCHRITT IM REFORMPROZESS?

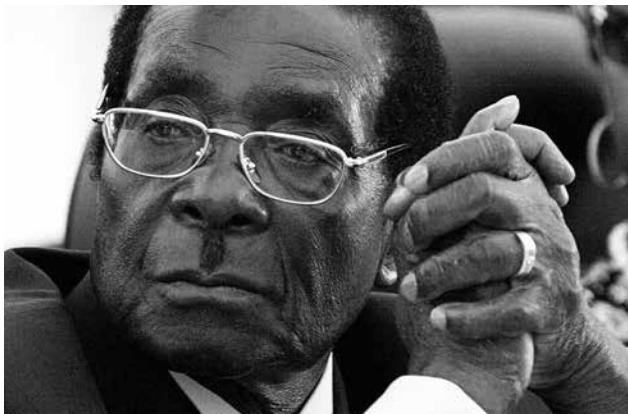
Mehr als zwei Jahre später als vorgesehen präsentierte die Parlamentarische Verfassungskommission (Constitution Parliamentary Select Committee, COPAC) den Regierungsparteien ihren Verfassungsentwurf.³ Nun sind die politischen Führer zur Entscheidung darüber aufgerufen, ob der Entwurf in seiner derzeitigen Fassung im Parlament debattiert und dem Volk in einem Referendum vorgelegt wird oder ob weitere Änderungen diskutiert werden sollen.⁴ Der Verfassungsentwurf soll nach Prüfung durch Mugabe und Tsvangirai sowie der eine Zweidrittelmehrheit erforderlichen Annahme im Parlament⁵ womöglich noch 2012 in einem Referendum verabschiedet werden. Allgemeine Wahlen zum Parlament und auch die Präsidentschaftswahlen werden jedoch nicht vor 2013 stattfinden.⁶ Allerdings haben sich die in der GNU zusammengeschlossenen Parteien darauf geeinigt, Wahlen in ca. 30 Wahlkreisen, deren Abgeordnete zwischenzeitlich verstorben sind, noch in diesem Jahr abzuhalten. Diese *mini general elections* werden mit großer Spannung beobachtet. Zum einen gelten sie als Lackmustest für die politische Stabilität des Landes. Damit ist die Frage verbunden, ob die Wahlen von Gewalt und Einschüchterungsversuchen begleitet werden oder friedlich ablaufen und ob mit Fälschungs- und Täuschungsversuchen zu rechnen ist. Zum anderen gelten die frei gewordenen Wahlkreise überwiegend als Hochburgen der MDC. Sollten diese Wahlkreise insgesamt oder mehrheitlich der MDC zufallen, würde deren Gewicht im Parlament entsprechend wachsen. Dies könnte Auswirkungen auf das ohnehin mehr als gespannte Verhältnis zwischen den Partnern in der GNU haben.

3 | Tichanoa Chifamba, „Zimbabwe Constitutional process in final leg“, Xinhua, 20.07.2012, http://news.xinhuanet.com/english/world/2012-07/20/c_131728940.htm [20.07.2012].

4 | Dieterich, Fn. 2.

5 | MDC99 Information Department, „MDC 99 calls for No vote on constitution“, *The Zimbabwean*, 06.08.2012, <http://thezimbabwean.co.uk/news/zimbabwe/59912/mdc-99-calls-for-a.html> [07.08.2012].

6 | Hans-Georg Schleicher, „Simbabwe hat neue Verfassung – im Entwurf“, *Neues Deutschland*, 25.07.2012, <http://ag-friedensforschung.de/regionen/Simbabwe/verf2.html> [07.08.2012].



Robert Mugabe regiert Zimbabwe seit 1980. | Quelle: neal young / flickr (CC BY-ND).

Der Entwurf sieht die Beschränkung der bisher nahezu unbegrenzten Macht des Präsidenten und eine Stärkung der Parlamentsrechte vor.⁷ Demnach muss der Präsident künftig bei Entscheidungen zur Auflösung des Parlaments, zu der Verkündung des Notstandes oder einer Kriegserklärung die Zustimmung des Parlaments einholen.⁸ Zudem verlangt der Verfassungsentwurf die Beteiligung aller Parteien an der Wahl der zehn Provinzgouverneure, die bisher allein von Mugabe ernannt wurden. Auch die Einrichtung einer unabhängigen Strafverfolgungsbehörde, die Mugabes Beamte im Justizministerium ersetzt, und die im Entwurf vorgesehenen parlamentarischen Kontrollrechte über Militär und Sicherheitspersonal schwächen die Position des Präsidenten.⁹ Dessen derzeit unbeschränkte Amtszeit wird, genauso wie die einiger hoher Staatsbeamter wie Militär- und Polizeichefs, auf zehn Jahre (zwei Amtszeiten) limitiert. Mit ihren Forderungen einer Altersbeschränkung konnte sich die MDC-T jedoch nicht durchsetzen, sodass es dem 88-jährigen Staatschef Mugabe möglich ist, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren.¹⁰

7 | Dieterich, Fn. 2.

8 | Schleicher, Fn. 6.

9 | „Zimbabwe President’s Party demands changes to draft constitutions, some reforms unacceptable“, *The Washington Post*, 07.08.2012, http://zimbabwesituation.com/aug8_2012.html [08.08.2012].

10 | Dieterich, Fn. 2.

Dennoch bleibt ein Großteil der Macht im Staat weiterhin auf den Präsidenten konzentriert. So liegt das Recht zur Besetzung wichtiger Positionen im Staat uneingeschränkt beim Staatsoberhaupt. Das Parlament wird lediglich befähigt, Empfehlungen auszusprechen.¹¹ Auch die Forderungen der simbabwischen Zivilgesellschaft nach einem parlamentarischen System mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze wurden nicht berücksichtigt.¹²

Der Verfassungsentwurf sieht außerdem eine Neuregelung der Eigentumsverhältnisse vor. Weißen Farmern, die Opfer der großen Landreform vor zehn Jahren wurden, wird das Recht eingeräumt, Landenteignungen anzufechten, sofern sie diskriminierend, also einseitig gegen Weiße gerichtet, sind bzw. waren. Allerdings rückt die Regierung damit keinesfalls von ihren „Indigenisierungsbemühungen“ ab, die mit der großen Landreform vor zehn Jahren

Der Staat verpflichtet sich, die Landnahme während der Kolonialzeit durch weiße Siedler mit Hilfe von Entschädigungen, die ausschließlich die Bevölkerung erhalten soll, wieder gut zu machen.

begonnen haben und die sich nun im Bergbau-, Finanz- und Bildungssektor fortsetzen. Schließlich verpflichtet sich der Staat, die Landnahme während der Kolonialzeit durch weiße Siedler mit Hilfe von Entschädigungen, die ausschließlich die schwarzafrikanische Bevölkerung erhalten soll, wiedergutzumachen,¹³ was kurz gefasst eine Fortsetzung der Enteignungen weißer Farmer und Unternehmen in Simbabwe bedeutet.

Der Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte wird ebenfalls neu reguliert. Neben der Etablierung einer unabhängigen Menschenrechts- und Medienkommission wird die Todesstrafe zumindest für Frauen und über 70-Jährige abgeschafft.¹⁴ Auch enthält die neue Verfassung Pläne zur Etablierung einer unabhängigen Wahlkommission und zur Gründung eines Verfassungsgerichts. Derweil fand eine Anerkennung von Homosexualität, die in Teilen der Gesellschaft tabuisiert ist, trotz Debatten über die Erlaubnis zur

11 | Schleicher, Fn. 6.

12 | Markus M. Haefliger, „Illusionäre Simbabwe-Politik der EU“, *Neue Zürcher Zeitung*, 25.07.2012, <http://nzz.ch/1.17397291> [30.07.2012].

13 | Ebd.

14 | Dieterich, Fn. 2.

gleichgeschlechtlichen Ehe keinen Eingang in die Verfassung.¹⁵

Die Meinungen über den Verfassungsentwurf gehen jedoch sowohl bei gesellschaftlichen Akteuren und Experten als auch bei den politischen Parteien weit auseinander. Innerhalb der ZANU-PF besteht Uneinigkeit darüber, wie die neue Verfassung einzuschätzen sei. Im Parlament werde es von Seiten der ZANU-PF-Fraktion ein eindeutiges „Nein“ geben, so ein Abgeordneter der Partei. Dem Entwurf man gele es an Legitimität, da der Verfassungsprozess auf die Parteien beschränkt sei und andere Akteure ausgeschlossen würden.¹⁶

Anders klang dagegen Parteisprecher Rugare Gumbo, der nach tagelangen parteiinternen Beratungen verlauten ließ, dass die ZANU-PF dem Entwurf zumindest in seiner derzeitigen Fassung nicht zustimmen werde. Der Entwurf reflektiere nicht die Vorstellungen vieler Wähler und Parteiunterstützer, die während einer Informationskampagne Beiträge zur Verfassung abgeben konnten. Die Einwände der Partei beziehen sich insbesondere auf die Schwächung des Präsidentenamtes. Im Fokus der Diskussion stehen der veränderte Ernennungsprozess der zehn Provinzgouverneure, die vorgesehene Errichtung der unabhängigen Strafverfolgungsbehörde und die zukünftigen parlamentarischen Kontrollrechte über Militär und Sicherheitspersonal.¹⁷ Während Mugabe in den letzten Monaten die Abhaltung von Wahlen auch ohne eine neue Verfassung vorangetrieben hatte, drückte Parteisprecher Gumbo nun seine Zuversicht aus, dass umstrittene Passagen neu verhandelt werden können, um den Entwurf zu verbessern, öffentliche Vorstellungen zu integrieren und so den Verfassungsprozess vor einem Scheitern zu bewahren.¹⁸

Angesichts der Beteiligung der ZANU-PF an der Erarbeitung der neuen Verfassung durch parteilich autorisierte Repräsentanten bestehen Tsvangirais MDC und eine kleinere

15 | „Simbabwe draft constitution a ,flawed compromise’: analysts“, *Times Live*, 23.07.2012, <http://timeslive.co.za/africa/2012/07/23/zimbabwe-draft-constitution-a-flawed-compromise-analysts> [27.07.2012].

16 | Ebd.

17 | „Zimbabwe President’s Party demands changes“, Fn. 9.

18 | Ebd.

ehemalige Oppositionspartei darauf, dass die Verhandlungen nun abgeschlossen seien und der ZANU-PF keine weiteren Zugeständnisse eingeräumt werden sollten. Die MDC-T beschuldigte einige Anhänger der ZANU-PF vielmehr, die Verhandlungen über den Verfassungsentwurf

Im Gegensatz zur ZANU-PF sieht der MDC-Flügel von Premierminister Tsvangirai dem Referendum positiv entgegen und wirbt für den Verfassungsentwurf in der Bevölkerung.

zu sabotieren. Zudem drückten Parteimitglieder ihre Furcht vor einer Wiederholung der gewaltsamen und umstrittenen Wahlen von 2008 aus, sollte der Verfassungsentwurf scheitern.¹⁹ Im Gegensatz zur ZANU-PF sieht der MDC-Flügel von Premierminister Tsvangirai dem Referendum positiv entgegen und wirbt für den Verfassungsentwurf in der Bevölkerung.²⁰ Finanzminister Tendai Biti befand den Entwurf als ein Dokument, das der alten Verfassung, die seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahre 1980 in Kraft ist, um Einiges überlegen sei.²¹ Im Sinne des Verfassungsentwurfs, der die Benennung eines Vizekandidaten für die Präsidentschaftswahlen vorsieht, hat die Partei ihren stellvertretenden Vorsitzenden Thokozani Khupe neben dem Parteivorsitzenden Morgan Tsvangirai zum Kandidaten erklärt.²²

Anders verhält sich die ZANU-PF. Während sich die Anführer der einzelnen Fraktionen der zerstrittenen Partei für den Wahlkampf als Vizepräsidentschaftskandidaten vorbereiten, erklärte Parteisprecher Gumbo, dass die Mehrheit der Partei die entsprechende Klausel aus dem Entwurf streichen möchte. Ein gewählter Vizepräsident, der zu ambitioniert sei und zu sehr nach der Macht strebe, könne das gesamte politische System durcheinander bringen.²³ Angesichts des Machtkampfs innerhalb der Partei scheinen diese Befürchtungen nicht unbegründet.

19 | Ebd.

20 | „MDC Urges Zimbabweans to vote ‚Yes‘“, *Radio Voice of the People*, 05.08.2012, <http://www.radiovop.com/index.php/national-news/9381-mdc-urges-zimbabweans-to-vote-yes.html> [07.08.2012].

21 | Ebd.

22 | Ebd.

23 | Chengetai Zvauya und Xolisani Ncube, „End-game: Zanu-PF disintergrating“, *The Zimbabwe Mail*, 06.08.2012, <http://thezimbawemail.com/zimbabwe/12824-end-game-zanu-pf-heading-for-a-split.html> [14.08.2012].

Nationale wie internationale Rechtsexperten und Menschenrechtsgruppen haben ihre Unzufriedenheit über die Entwicklungen des Menschenrechtsschutzes in dem Verfassungsentwurf ausgedrückt. Die Einschränkung der Todesstrafe gehe ihnen nicht weit genug. Insbesondere befürchten sie, dass die Ausnahme der über 70-Jährigen dazu dient, ältere Offizielle der ZANU-PF zu schützen, die bei der letzten Wahl für einige äußerst gravierende Rechtsverletzungen verantwortlich zu machen seien.²⁴ Ein Rechtsexperte der Universität Simbabwe, Lovemore Madhuku, sieht den Entwurf zudem lediglich als Kompromiss zwischen den beiden Regierungsparteien. Er kritisierte die Beibehaltung eines starken Exekutiv-Präsidenten, die nicht dem Willen der Bevölkerung, wie aus der Befragung zu ersehen, entspräche.²⁵

Ein Rechtsexperte sieht den Entwurf lediglich als Kompromiss zwischen den beiden Regierungsparteien. Er kritisierte die Beibehaltung eines starken Exekutiv-Präsidenten.

Auch bürgerliche Organisationen wie die National Constitutional Assembly oder Zimbabwe Lawyers for Human Rights (ZLHR) haben den Verfassungsprozess dahingehend beanstandet, dass er nicht vom Volk initiiert sei, sondern überwiegend Parteiinteressen widerspiegele. Zwar seien einfache Simbabwer über ihre Meinung und Ergänzungen der Verfassung befragt worden, jedoch seien dabei einige Bereiche unbeachtet geblieben. Zudem hätten die Befragten lediglich das wiedergegeben, was die Parteien ihnen vorgeschrieben hätten.²⁶

FAIRE UND GEWALTFREIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN AUSSICHT?

Selbst wenn der Verfassungsentwurf Ende des Jahres alle Stationen passiert hat, geht mit seiner Verabschiedung nicht automatisch eine neue Verfassungsordnung einher. Der Staat hat vielmehr einige Programmfpunkte zu erfüllen, um die neue Verfassung zu etablieren. Als erstes müssen alle bestehenden Gesetze überprüft und gegebenenfalls

24 | Blessing Zulu, „Zimbabwe's Draft Constitution Kills Death Penalty – But Only For Women“, *Voice of America*, 27.07.2012, <http://voazimbabwe.com/content/zimbabwes-new-constitution-abolishes-death-penalty-for-women-163074216/1476909.html> [27.07.2012].

25 | „Simbabwe draft constitution a ‚flawed compromise‘: analysts“, Fn. 15.

26 | Chifamba, Fn. 3.

an der künftigen Verfassung neu ausgerichtet werden. In Abhängigkeit von der Anzahl der Gesetze, auf die sich der Verfassungsentwurf auswirkt, kann dies einige Zeit in Anspruch nehmen. Zudem müssen Schlüsselinstitutionen, die im Verfassungsentwurf bestimmt sind, eingerichtet werden. Das betrifft insbesondere eine unabhängige Exekutivkommission und weitere Institutionen wie die Nationale Strafverfolgungsbehörde. Schließlich sieht der Verfassungsentwurf auch eine Veränderung des Wahlsystems einschließlich einer Neudefinition der Wahlkreise vor.²⁷



Morgan Tsvangirai (Foto) war schon bei den Präsidentschaftswahlen 2008 gegen Mugabe angetreten. | Quelle: World Economic Forum (CC BY-SA).

Während die zerstrittene Regierung mit der Verabschiebung einer neuen Verfassung den langersehnten Wahlen einen Schritt näher kommt, spekuliert Mugabe möglicherweise darauf, sich auf diesem Weg des Koalitionspartners in der dysfunktionalen Zwangsregierung entledigen zu können. Die Einheitsregierung (GNU) wurde auf Drängen der Southern African Development Community (SADC), des Zusammenschlusses südafrikanischer Staaten, unter starker Mitwirkung des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki nach den letzten Wahlen gebildet, um eine Eskalation des politischen Konflikts nach den Wahlen

zu verhindern. 2008 wählte die Bevölkerung Simbabwes neben dem Präsidenten auch das Parlament und lokale Autoritäten für eine fünfjährige Amtsperiode. Die Parlamentswahlen, bei denen die Bevölkerung über die Besetzung eines Großteils der Sitze in Senat und Abgeordnetenhaus entschied, wurden von der durch Tsvangirai geführten MDC-T gewonnen. Bei den Präsidentschaftswahlen kam es nach der ersten Runde, in der keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte – Tsvangirai erhielt 47,9 Prozent, Mugabe 43,2 Prozent und ein unabhängiger Kandidat, Simba Makoni, 8,1 Prozent der Stimmen – zu einer Stichwahl, die Mugabe nach offiziellen Angaben mit 85,5 Prozent gewann. Die Ergebnisse der Stichwahl waren höchst umstritten und wurden von den meisten Staaten der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt.²⁸ Schließlich war Tsvangirai nach gewaltsaufgelösten Übergriffen gegenüber seiner Partei nicht mehr zur Stichwahl angetreten.²⁹

Die Ergebnisse der Stichwahl bei den Präsidentschaftswahlen 2008 wurden von den meisten Staaten nicht anerkannt. Schließlich war Tsvangirai nach gewaltsaufgelösten Übergriffen gegenüber seiner Partei nicht mehr angetreten.

Anfang 2011 verlangte Präsident Mugabe vorgezogene Neuwahlen, die noch im gleichen Jahr stattfinden sollten, ungeachtet der Ergebnisse des Verfassungsgebungsprozesses. Damit nahm er einen Bruch des GPA in Kauf, in welchem eindeutig vereinbart worden war, Wahlen erst nach der Implementierung einer neuen Verfassung abzuhalten. Dennoch hat Robert Mugabe als Präsident durchaus das verfassungsmäßige Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Sein politischer Gegner, Premierminister Tsvangirai, stimmte unterdessen nur der Abhaltung von Präsidentschaftswahlen zu, da diese als einzige umstritten waren, und lehnte Neuwahlen ab, bevor nicht in einem Referendum über eine Verfassung entschieden würde.

In der Region kam es nunmehr zu intensiven diplomatischen Bemühungen beider Seiten um Unterstützung für ihre jeweiligen Positionen. Insbesondere Mitglieder der SADC wurden umworben, während diese einen speziellen

28 | CIA, „The World Factbook: Zimbabwe“, <https://cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/zi.html> [14.06.2012].

29 | Andrea Jeska, „Keine Angst vor Mugabe“, *Welt Online*, 04.08.2012, <http://welt.de/politik/article108476827> [07.08.2012].

Vermittler, den südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma, damit betraute, die Angelegenheit zu klären. Die Gemeinschaft spielte bereits in den Verhandlungen des GPA eine entscheidende Rolle. Seitdem bemüht sich die SADC, die Situation zu entschärfen, vermeidet aber sorgfältig, sich auf eine Seite des immer wieder aufkommenden Konflikts zu stellen. Mugabes Einfluss auf die Gemeinschaft und seine Mitglieder war bisher sehr stark, was sich insbesondere zeigte, als die Regierungschefs der SADC vor allem wegen des so genannten Campbell-Falls das SADC-Tribunal de facto stilllegten. In diesem Fall hatte ein simbabwischer Farmer das Tribunal wegen Landstreitigkeiten angerufen.³⁰ Das Gericht verurteilte Simbabwe, jedoch fühlte sich der Staat nicht an das Urteil gebunden, obwohl er Unterzeichner des Gerichtsstatuts und den Urteilen des Gerichts damit unterworfen ist. Statt Druck auf Simbabwe auszuüben, beschloss die SADC, den Aufgabenbereich des Gerichts zu überprüfen und sein Mandat auslaufen zu lassen. Seitdem ist es dem Tribunal verboten, neue Fälle aufzunehmen oder laufende Verfahren zu beenden. Die Mandate der Richter am Tribunal wurden weder verlängert noch wurden neue Richter benannt, sodass die Zukunft des Gerichts unklar ist.

Bei ihrem Treffen in Luanda, Angola, am 1. Juni 2012 unterstrich die SADC ihre Forderung nach der Implementierung glaubhafter Reformen vor den Wahlen, die innerhalb der nächsten zwölf Monate stattfinden sollen.

Somit kam es überraschend, als die Gemeinschaft zuletzt Druck auf Simbabwe ausügte, den Verfassungsprozess abzuschließen, bevor Neuwahlen abgehalten würden. Bei ihrem Treffen in Luanda, Angola, am 1. Juni 2012 unterstrich die SADC ihre Forderung nach der Implementierung glaubhafter Reformen vor den Wahlen, die innerhalb der nächsten zwölf Monate stattfinden sollten. Sie setzte Simbabwe unter Druck, die von SADC und der AU vorgegebenen Standards einzuführen, damit es zu freien und fairen Wahlen käme, die (national und international) Anerkennung verdienten.³¹ Die Ergebnisse des SADC-Meetings

30 | Christian Roschmann und Benedikt Brandmeier, „Entscheidung über den Rechtsstaat. Gründe und Folgen des Urteils „Mike Campbell gegen die Republik Simbabwe“, *KAS-Auslandsinformationen*, 9/2012, <http://kas.de/wf/de/33.32078> [14.09.2012].

31 | „GPA implementation key to elections‘ – Zuma“, *The Zimbabwe Mail*, 02.06.2012, <http://thezimbabwe-mail.com/zimbabwe/12028-implementation-of-gpa-key-to-elections-zuma-sticks-to-guns.html> [14.06.2012].

legten beide Seiten allerdings zu ihrem Vorteil aus. Während Präsident Mugabe die Forderung der SADC nach Wahlen innerhalb der nächsten zwölf Monate unterstrich, betonte Premierminister Tsvangirai unter Berufung auf die Entscheidung der Gemeinschaft die Abhaltung von Wahlen erst nach der Implementierung einer neuen Verfassung.

Obwohl der Abschluss einer neuen Verfassung und die Sicherstellung von freien und fairen Wahlen im GPA verankert und im März 2011 vom Parlament in einer „Roadmap to Elections“ erneut verabschiedet wurde, lag der gesamte Reformprozess bislang weit hinter dem Zeitplan. Die Regierung setzte ökonomische Reformen nur begrenzt um, Wahlreformen wurden mitnichten implementiert. Stattdessen regiert die ZANU-PF, die weiterhin die Kontrolle über wichtige Bereiche wie die Sicherheitskräfte (Polizei, Militär, Geheimdienst), die Medien und natürliche Ressourcen des Landes behält, Simbabwe de facto nach wie vor alleine.³² Mit der neuen Verfassung könnte sich in diesem Bereich jedoch einiges ändern.

Der gesamte Reformprozess lag bislang weit hinter dem Zeitplan. Die Regierung setzte ökonomische Reformen nur begrenzt um. Wahlreformen wurden mitnichten implementiert.

Unterdessen lässt das Militär keinen Zweifel daran, einen anderen Wahlsieger als die ZANU-PF nicht akzeptieren zu wollen.³³ Diese hat mittlerweile ihre Jugendmilizen in die ländlichen Gebiete geschickt, um die Bevölkerung zur Wiederwahl Mugabes zu drängen.³⁴ In Simbabwe gehört Gewalt zum politischen Alltag. Während Mugabe seine gewaltgestützte Einschüchterungskampagne gegen MDC-Mitglieder fortsetzt, liefern sich Sympathisanten von ZANU-PF und MDC brutale Zusammenstöße.³⁵ VN-Menschenrechtskommissar Navi Pillay kommt in seinem Simbabwe-Bericht

32 | „Zimbabwe election roadmap outlined in parliament“, *Nehanda Radio*, 01.06.2012, <http://nehandaradio.com/2012/06/01/zimbabwe-election-roadmap-outlined-in-parliament> [14.06.2012].

33 | Ray Ndlovu, „Zimbabwe's opposition parties ponder coalition“, *Mail & Guardian*, 01.07.2011, <http://mg.co.za/article/2011-07-01-zimbabwes-opposition-parties-ponder-coalition> [14.06.2012].

34 | Graham Boynton, „Zimbabwe: Mugabe's last throw of the dice“, *All Africa*, 06.06.2012, <http://allafrica.com/stories/201206061271.html> [14.06.2012].

35 | „MDC-T applauds SADC stance against Mugabe“, *The Zimbabwe Mail*, 05.06.2012, <http://thezimbabwemail.com/zimbabwe/12075-mdc-t-applauds-sadc-stance-against-mugabe.html> [14.06.2012].

2012 zu der Befürchtung, dass sich bei den nächsten Wahlen die politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen der letzten Wahlen wiederholen könnten. Im Jahr 2008 war es im Zusammenhang mit den Wahlen zu Ermordungen, Folter, Plünderungen, Prügel, willkürlichen Festnahmen und Vertreibungen gekommen.³⁶

PROGNOSEN ZUM AUSGANG DER WAHL

Selbst Mitglieder der ZANU-PF sagen eine Niederlage des amtierenden Präsidenten Mugabe voraus. Sie scheinen des langjährigen Machthabers überdrüssig.

Zuletzt prognostizierten Umfragen einen Wahlsieg von Premierminister Tsvangirai, unter der Voraussetzung, dass zuvor Mindeststandards für freie und faire Wahlen implementiert werden.³⁷ Selbst Mitglieder der ZANU-PF sagen eine Niederlage des amtierenden Präsidenten Mugabe voraus. Sie scheinen des langjährigen Machthabers überdrüssig und manche erwägen sogar, für Tsvangirai zu stimmen.³⁸ Allerdings ist dabei zu beachten, dass innerhalb der ZANU-PF ein Machtkampf tobt. Auch wenn Mugabes Macht bröckelt, hat er weiterhin viele einflussreiche Unterstützer hinter sich.

Während eine Wiederwahl Mugabes als Präsident vermutlich die Fortsetzung der derzeitigen politischen Situation bedeuten würde, spielen Machtpoker, der Fortschritt im Reformprozess und nicht zuletzt die internationale Gemeinschaft eine große Rolle im Hinblick auf den Ausgang der Wahlen. So würde eine Koalition der Opposition aus den MDC-Fraktionen und der politischen Organisation Mamvambo/Kusile/Dawn unter Simba Makoni die notwendigen Stimmen zusammenbringen, um die ZANU-PF zu schlagen und Veränderungen in Simbabwe einzuleiten.³⁹ Das Verhältnis dieser Parteien ist jedoch von Enttäuschungen des einen vom anderen und gegenseitigem Misstrauen beeinflusst. Zudem fürchten die Parteien Hegemoniebestrebungen und den Verlust von Parlamentssitzen an den Koalitionspartner.⁴⁰ Eine Anti-ZANU-PF-Koalition scheint deshalb

36 | Human Rights Watch, „World Report 2012: Zimbabwe“, <http://hrw.org/world-report-2012/world-report-2012-zimbabwe-0> [20.06.2012].

37 | Schlee, Fn. 1.

38 | Jeska, Fn. 29.

39 | Clemence Manyukwe, „Poll alliance faces hurdles“, *The Financial Gazette*, 16.05.2012, <http://eu.financialgazette.co.zw/national-report/12683-poll-alliance-faces-hurdles.html> [14.08.2012].

40 | Ebd.

eher unwahrscheinlich. Stattdessen wird vermutet, dass sich die MDC-T auf die Zeit nach Mugabe vorbereitet. Präsident Mugabe ist vermutlich an Krebs erkrankt. Sollte er entweder noch vor der Wahl oder nach einer möglichen Wiederwahl im Präsidentenamt sterben, könnte es einen erbitterten Kampf um seine Nachfolge geben.⁴¹ Innerhalb der ZANU-PF herrschen seit längerer Zeit interne Streitigkeiten um Mugabes Nachfolge. Neben Vizepräsidentin Joyce Mujuru steht unter anderem Verteidigungsminister Emmerson Mnangawa im Gespräch. Mnangawa, ein enger Vertrauter Mugabes, ist jedoch keineswegs beliebt in der Partei und hat mehrere Parlamentsabstimmungen gegen die MDC verloren.⁴²

Unterdessen spekuliert die Presse über Ver einbarungen zwischen ZANU-PF-Mitgliedern und Tsvangirai: 2011 wurde ein möglicher Wahlpakt zwischen Mujuru und Premierminister Tsvangirai thematisiert, der eine Bedrohung für Mugabe und seinen möglichen Nachfolger Mnangawa darstellen könnte. Da sie von der MDC am ehesten akzeptiert werde, stößt Mujuru allerdings bei Hardlinern in der Partei auf Widerstand. Vor allem nach dem mysteriösen und bis heute ungeklärten Tod ihres Mannes, Solomon Mujuru, dem als ehemaligen Führer der Guerilla-Truppe in Mugabes Freiheitskampf und ehemaligen Chef des Militärs große Anerkennung entgegengebracht wurde, würde es schwer für Mujuru, Anhänger in ihrer Partei zu finden.⁴³

2011 wurde ein möglicher Wahlpakt zwischen Mujuru und Premierminister Tsvangirai thematisiert, der eine Bedrohung für Mugabe und seinen möglichen Nachfolger Mnangawa darstellen könnte.

Andere Stimmen vermuten einen geheimen Deal zwischen Mugabe und Tsvangirai, in dem diese eine Fortführung der Regierung für weitere fünf Jahre vereinbart haben sollen, unabhängig davon, wer die Präsidentschaftswahlen gewinnt. Dies könnte sogar den Rücktritt Mugabes zum Ende des Jahres einleiten und seinen Nachfolger in den Präsidentschaftswahlen antreten lassen. Da Tsvangirai die Wahlen gegen Mugabes Nachfolger wahrscheinlich mit so großer Mehrheit gewinnen werde, dass es unmöglich sein

41 | Robert Rotberg, „Who killed Solomon Mujuru? The Mystery in Zimbabwe Deepens“, *Think Africa Press*, 13.02.2012, <http://thinkafricapress.com/zimbabwe/who-killed-solomon-mujuru-mystery-deepens> [14.06.2012].

42 | Ebd.

43 | Ebd.

würde, einen Sieg der ZANU-PF glaubhaft zu manipulieren, würde der Deal der Partei die Möglichkeit eröffnen, auch ohne Mugabe an der Macht zu bleiben.⁴⁴ Allerdings ist die derzeitige Situation von einem solchen Maß an Gewalt, Misstrauen und Verweigerung der Zusammenarbeit geprägt, dass dieses Szenario eher unwahrscheinlich scheint. Schließlich sieht es so aus, als würde vieles von Mugabes Entscheidung abhängen.



Neben unter anderem Verteidigungsminister Emmerson Mnangawa steht Vizepräsidentin Joice Mujuru (hier mit EU-Botschafter Aldo Dell'Ariccia) zur Diskussion um die Nachfolge von Präsident Mugabe. | Quelle: EU (CC BY-NC-ND).

Sollte er mit der MDC eine weitere Vereinbarung treffen, könnte es eine Chance für einen umfassenden und friedlichen Machttransfer geben. Da es vorangegangenen Deals größtenteils nicht gelang, den Weg zu einer neuen Verfassung und freien sowie fairen Wahlen zu ebnen, stehen die Chancen für einen Wandel unter einem neuen Arrangement allerdings schlecht. Angesichts des anhaltenden Dementis bezüglich seines Gesundheitszustandes und den Bestrebungen, die Wahlen möglichst zügig abzuhalten, scheint Mugabes Kandidatur und Wiederwahl zudem wahrscheinlicher, sodass er vermutlich bis zu seinem Tod im Amt bleiben wird, falls es gelingt, das erwartete Wahlergebnis (ein Sieg Morgan Tsvangirais) so zu manipulieren, dass dieses

einen Sieg des Amtsinhabers bescheinigt. Während die Opposition es nicht schafft, eine Koalition zu bilden, wird die ZANU-PF trotz der internen Machtkämpfe Mugabe als Schlüssel zur Macht unterstützen.

Während die SADC Mugabes Wahlvorhaben bereits im letzten Jahr mehrfach gestoppt hat, bleibt abzuwarten, ob sich Mugabe dem Druck tatsächlich ein weiteres Mal beugen wird. Einerseits kommt die Regierung mit dem Voranschreiten des Reformprozesses durch die Präsentation des Verfassungsentwurfs den Forderungen der Gemeinschaft nach. Andererseits machen die Änderungsabsichten der ZANU-PF deutlich, dass die Verfassung vor einer Implementierung noch einige Hürden zu bewältigen hat.

BELOHNUNG DES REFORMPROZESSES DURCH DIE EU?

Derweil sieht sich die EU durch den Fortschritt der Einheitsregierung im Reformprozess veranlasst, ihre Sanktionen gegen Simbabwe teilweise aufzuheben. Sie lobte die „Schritte der Regierung der Nationalen Einheit, die Freiheit und den Wohlstand der simbabwischen Bevölkerung zu verbessern“.⁴⁵ Als Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen der simbabwischen Staatsführung unter Präsident Mugabe gegen die Opposition und die Vertreibung weißer Farmer im Zuge der Landreform hatte die Union gemeinsam mit den USA im Jahr 2002 Sanktionen über das Land verhängt.⁴⁶

Nun beschlossen die EU-Außenminister, die Zahlungen für Entwicklungshilfe zugunsten der Zivilbevölkerung wieder aufzunehmen. Die Entwicklungsgelder sollen nun direkt an Simbabwes Regierungsstellen fließen, statt wie bisher über die UNO oder nichtstaatliche Organisationen im Land verteilt zu werden. Mit etwa 100 Millionen Euro jährlich stellen die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten nach Angaben des Europäischen Auswärtigen Dienstes den größten Teil

Die EU-Außenminister beschlossen, die Zahlungen für Entwicklungshilfe zugunsten der Zivilbevölkerung wieder aufzunehmen. Mit etwa 100 Millionen Euro jährlich stellt die EU den größten Teil an Hilfsgeldern für Simbabwe.

45 | „Freiheit verbessert. EU lockert Sanktionen gegen Simbabwe“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.07.2012, <http://faz.net/aktuell/politik/ausland/freiheit-verbessert-eu-lockert-sanktionen-gegen-zimbabwe-11829334.html> [08.08.2012].

46 | Ebd.

an Hilfsgeldern für Simbabwe.⁴⁷ Unter der Voraussetzung eines friedlichen und glaubwürdigen Verfassungsreferendums ist sogar die Aufhebung der auf Regierungsvertreter und afrikanische Unternehmen gerichteten Sanktionen vorgesehen.⁴⁸ Derzeit gelten für etwa 110 Politiker und Anhänger Mugabes Einreiseverbote und Vermögenssperrungen.⁴⁹ Zusammen mit elf Unternehmern wird ihnen vorgeworfen, „Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben“.⁵⁰ Die Sanktionen für den engsten Kreis um Mugabe und diesen selbst sollen weiterhin bestehen bleiben.⁵¹

Die Effektivität der Strafmaßnahmen gegen das Land war innerhalb der EU-Staaten schon länger umstritten. Mugabe wusste die Sanktionen geschickt für seine Propaganda zu nutzen, machte sie für den wirtschaftlichen Niedergang des Landes verantwortlich und warf dem Westen Kolonialbestrebungen vor. Die Maßnahmen selbst hatte er in der Vergangenheit stets als illegal bezeichnet und fordert jetzt die bedingungslose Aufhebung aller Sanktionen durch die EU.⁵²

Tsvangirai hatte die Aufhebung der Sanktionen gefordert, da sie sich einerseits an der falschen Stelle auswirkten und andererseits Mugabe eine willkommene Propaganda-Vorlage böten.

Sein politischer Gegenspieler Tsvangirai begrüßte den Schritt der EU. Auch er hatte die Aufhebung der Sanktionen gefordert, da sie sich einerseits an der falschen Stelle auswirkten und andererseits Mugabe eine willkommene Propaganda-Vorlage böten. Simbabwe müsse seine Außenseiterrolle abstreifen und in die internationale Gemeinschaft zurückkehren. Mit Hilfe internationaler Unterstützung „sollten wir in der Lage sein, das Land zu retten“, so Tsvangirai als Antwort auf die Ankündigung der EU.⁵³

47 | „EU bietet Simbabwe Aufhebung der Sanktionen an“, *Neue Zürcher Zeitung*, 23.07.2012, <http://nzz.ch/1.17393688> [07.08.2012].

48 | „Freiheit verbessert“, Fn. 45.

49 | Ebd.

50 | „EU lockert Sanktionen gegen Simbabwe“, *Zeit Online*, 18.02.2012, <http://zeit.de/politik/ausland/2012-02/eu-sanktionen-simbabwe> [09.08.2012].

51 | „EU bietet Simbabwe Aufhebung der Sanktionen an“, Fn. 47.

52 | „EU lockert Sanktionen gegen Simbabwe“, Fn. 50.

53 | „EU bietet Simbabwe Aufhebung der Sanktionen an“, Fn. 47.

MUGABES WIRTSCHAFTSPOLITIK

Während die politische Landschaft in Simbabwe weiterhin instabil, unsicher und unvorhersehbar bleibt, hat sich die ökonomische Situation seit der Krise 2008 verbessert. Das Land, das einst als Brotkorb der Region bekannt war, stand damals kurz vor einem wirtschaftlichen Kollaps. Hyperinflation, Devisenknappeit, fehlende Investitionen, Import- und Exportrestriktionen brachten das Land an den Rand des Ruins.⁵⁴ Insbesondere der Westen machte Mugabe für den Niedergang des Staates verantwortlich. Erst mit Einführung des US-Dollars als offizielle Währung stabilisierte sich die Situation. Heute wächst die Wirtschaft in Simbabwe wieder.⁵⁵

Allerdings stieß die neuerdings verstärkte Umsetzung des Indigenisierungsgesetzes durch Mugabes Partei zuletzt auf Ablehnung bei ausländischen Unternehmen und sorgte für neuerliche Auseinandersetzungen innerhalb der Einheitsregierung. Das Gesetz geht auf eine Initiative der ZANU-PF aus dem Jahr 2007 zurück und wurde bereits 2010 verabschiedet. Es sieht die Übertragung von mindestens 51 Prozent der Anteile ausländischer Unternehmen in diversen Sektoren an Einheimische vor.⁵⁶ Internationale Firmen der Bergbau-Industrie, wie das südafrikanische Impala Platinum, das die Mehrheit ihrer Zimplat-Anteile, einem Bergbaukonzern in Simbabwe, bereits verkauft hat, haben dem Druck Saviour Kasukuweres, Minister für Jugendentwicklung, Indigenisierung und Empowerment, bereits nachgegeben.⁵⁷ Mugabe hatte mit einer entschädigungslosen Enteignung dieser Firmen gedroht. Impala Platinum hatte sich vor dem Verkauf seiner Zimplat-Anteile auf ein Investitionsschutzabkommen zwischen Simbabwe und Südafrika berufen, das Simbabwe verbietet, südafrikanische Konzerne zu enteignen. Das Unternehmen hatte so die Ausweitung des Falles

Das Indigenisierungsgesetz sieht die Übertragung von mindestens 51 Prozent der Anteile ausländischer Unternehmen an Einheimische vor. Einige Bergbauunternehmen gaben dem Druck bereits nach.

54 | Auswärtiges Amt, „Simbabwe. Wirtschaft“, http://auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Simbabwe/Wirtschaft_node.html [09.08.2012].

55 | Ebd.

56 | Christian Selz, „Simbabwe macht Ernst. ZANU-PF Minister zwingen internationale Bergbaukonzerne zur Abgabe von Mehrheitsanteilen“, *Junge Welt*, 18.04.2012, <http://junge-welt.de/2012/04-18/032.php> [12.07.2012].

57 | Ebd.

zu einem regionalen Wirtschaftskonflikt riskiert, schließlich aber doch einlenken müssen.⁵⁸

Nun hat Mugabe in einer Regierungsmitteilung den vier ausländischen Banken eine Frist für den Verkauf ihrer Anteile an einheimische Investoren gesetzt. Weiterhin stehen der Bildungssektor, insbesondere die privaten Schulen, sowie die Energie-, Tourismus- und Telekommunikationsindustrien vor der „Indigenisierung“.⁵⁹ Durch die diesbezüglichen Bemühungen will Mugabe, so heißt es, den bereits durch die Enteignung weißer Farmer begonnenen Bruch mit der kolonialen Vergangenheit fortsetzen, um

auch die wirtschaftliche Macht zu übernehmen und dem Land eine stärkere Teilhabe an den Gewinnen ausländischer Firmen zu sichern.⁶⁰ Doch wie auch bei der umstrittenen Landreform, die vor zehn Jahren zu einem

Wie auch bei der umstrittenen Landreform, die vor zehn Jahren zu einem drastischen Einbruch der Landwirtschaftsproduktion geführt hat, werden erneute Entwicklungsrückschritte erwartet.

drastischen Einbruch der einst so reichen Landwirtschaftsproduktion in Simbabwe geführt hat,⁶¹ werden erneute Entwicklungsrückschritte erwartet. Des Weiteren wird mit der Abwanderung vieler für die Wirtschaft des Landes wichtiger Investoren gerechnet.⁶²

Kritiker aus den Reihen der MDC-T betonen, die derzeitige Kampagne sei politisch motiviert und habe wenig mit echter Umverteilung zu tun.⁶³ Schließlich haben nur wenige Menschen in Simbabwe die finanziellen Möglichkeiten und das nötige Know-How, um sich an einer ausländischen Firma beteiligen zu können. Mit der Umverteilungspolitik wolle die ZANU-PF Stimmen und Finanzierungsmittel für die anstehenden Wahlen gewinnen.⁶⁴ Andererseits erfolge

58 | Ebd.

59 | Macdonald Dzirutwe, „Zimbabwe gives banks a year to hand over stakes“, *The Namibian*, 04.07.2012, [http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx_ttnews\[tt_news\]=98931&no_cache=1](http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx_ttnews[tt_news]=98931&no_cache=1) [11.07.2012].

60 | Ulli Neuhoff, „Rückschau: Simbabwe. Langsam aus der Krise?“, *Weltspiegel*, SWR, 10.06.2012; vgl. Selz, Fn. 56.

61 | Neuhoff, Fn. 60.

62 | Gemma Ware und Frank Chikowore, „Testing time for Zimbabwe's indigenisation plan“, *The Africa Report*, 14.06.2012, <http://theafricareport.com/index.php/news-analysis/testing-time-for-zimbabwe-s-indigenisation-plan-501813556.html> [12.07.2012].

63 | Alex Bell, „Zimbabwe: Govt Cracks Widen As PM Dismisses Indigenisation Plans“, *All Africa*, 03.07.2012, <http://allafrica.com/stories/201207040242.html> [12.07.2012].

64 | Ware und Chikowore, Fn. 62.

auch nicht selten eine Eigentumsübertragung an Unternehmen, die der Regierung, d.h. der ZANU-PF, genehmer seien. Dies sei durch die flexible Auslegung der „Indigenisierung“ und der Praxis der Einzelfallentscheidung möglich, wovon vor allem China als letzter Verbündeter profitiere.⁶⁵

Die MDC-T strebt statt einer Umverteilung eine Entwicklungspolitik zur Förderung von Jobs und Wachstum an. Während Tsvangirai und seine Parteikollegen die Unternehmen dazu aufrufen, die letzte Regierungsnotiz durch Kasukuwere zu ignorieren, da sie aufgrund mangelnder Zustimmung in der Einheitsregierung illegal sei, zeigte die Androhung des Indigenisierungsministers bereits Wirkung. Die MDC-T will den Fall nun durch das Parlament klären lassen.⁶⁶

Derweil haben die lokalen Industrien immer noch mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen. Die Arbeitslosenquote Simbabwes liegt bei 90 Prozent. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stellt eine der größten Herausforderungen für die künftige Regierung des Landes dar – zumal sich die frustrierten Jugendlichen nicht selten ein Ventil in militanten Jugendgruppen suchen, auf deren Konto etwa 200 Tote nach den letzten Wahlen gingen.⁶⁷

Ein weiteres schwerwiegendes Problem im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stellt der Zustand der Infrastruktur dar. Stundenlange Stromausfälle sind nach wie vor an der Tagesordnung. Das Straßen- und Schienennetz befindet sich zum Teil in einem extrem schlechten Zustand. Die staatliche Fluggesellschaft Air Zimbabwe konnte seit einiger Zeit nicht mehr in das benachbarte Ausland fliegen, da das Unternehmen nicht in der Lage war, Kerosinrechnungen, Landegebühren und andere anfallende Kosten zu begleichen. Inzwischen hat Air Zimbabwe den Flugverkehr aufgrund des Fehlens jeglicher finanzieller Mittel komplett eingestellt. Einzig zum Transport des Präsidenten und seiner Gefolgsleute wird bisweilen noch geflogen.

65 | Armin Osmanovic, „Simbabwes neue ‚indigene Ökonomie‘“, *Neues Deutschland*, 07.10.2011, <http://ag-friedensforschung.de/regionen/Simbabwe/indigene.html> [11.07.2012].

66 | Ware und Chikowore, Fn. 62.

67 | „Mugabe warns of youth protests in Zimbabwe“, *New Era*, 14.08.2012, 10.

Schätzungen zufolge sind seit der Verschärfung der Situation in Simbabwe etwa 1,5 Millionen Menschen aus dem Land geflohen, viele von ihnen sehr gut ausgebildet.

Der nun eingeschlagene Kurs in der Wirtschaftspolitik könnte nicht nur zur Abwanderung vieler Investoren führen. Er könnte auch den sich bereits seit Jahren vollziehenden *brain drain* weiter verstärken. Schätzungen zufolge sind seit der Verschärfung der Situation in Simbabwe etwa 1,5 Millionen Menschen aus dem Land geflohen, viele von ihnen sehr gut ausgebildet.

Die meisten von diesen Flüchtlingen haben in Südafrika eine neue Heimat gefunden, aber auch andere Nachbarländer wie Namibia sind hiervon betroffen. Obwohl besonders die gut ausgebildeten Simbabwer von den wirtschaftlichen Eliten und politischen Entscheidungsträgern in den Nachbarländern als „Gastarbeiter“ gerne gesehen sind, haben nicht zuletzt die massenhaften Verfolgungen von Simbabwern in den Townships von Johannesburg im Jahr 2010 gezeigt, welches Potential für Xenophobie und soziale Unruhen diese Fluchtbewegung in sich birgt. Zum anderen schwächt sie natürlich auch mehr und mehr die simbabwische Wirtschaft wie auch das Staatswesen. Sollte sich diese Tendenz durch politische Entscheidungen in Simbabwe weiter verstärken, könnte dies ernsthafte Konsequenzen für die gesamte Region haben.

FAZIT

Die Zukunft Simbabwes wird sehr stark von dem Ausgang des Verfassungs- und auch des Wahlprozesses abhängen. Eine Prognose hierfür ist schwierig, ja nahezu unmöglich. Das von vielen Menschen mit großen Erwartungen verbundene Friedensabkommen hat dem Land ein kleines Stück Stabilität und Sicherheit gebracht und ihm eine Atempause verschafft. Eine tatsächliche Richtungentscheidung hin zu einer besseren Entwicklung ist damit aber noch nicht gefallen. Hinzu kommt, dass die MDC unter der Führung von Premier Morgan Tsvangirai die in sie gesetzten Erwartungen nicht oder nur zum Teil erfüllt hat. Somit ist die Stimmung in der Bevölkerung von einer Haltung des Abwartens und der Spannung geprägt, in der Furcht, die Ereignisse der Vergangenheit könnten sich wiederholen, und in der Hoffnung, dass dies nicht geschehen möge.

Wer auch immer aus den kommenden politischen Auseinandersetzungen als Sieger hervorgehen wird – er hat jedenfalls eine gewaltige Aufgabe vor sich. Zum einen gilt es, ein zutiefst gespaltenes Land zu einen und die bestehende Kultur des Misstrauens und der Gewalt zu überwinden. Zum anderen wird es darauf ankommen, die Probleme in der Infrastruktur anzugehen, der Bevölkerung Entwicklungschancen zu geben und dafür zu sorgen, dass der Staat seine Aufgaben tatsächlich erfüllt – in den Bereichen Bildung, Sozialwesen und Infrastruktur. Nur wenn dies gelingt, können das Vertrauen in politisch Verantwortliche wieder hergestellt und eine friedliche Entwicklung des Landes sichergestellt werden.